

mittendrin

Ausgabe 03/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Junge Mädchen möchten auch eine **Rose**

Dr. Gesine Löttsch zum Internationalen Frauentag am 8. März



Foto: Archiv

Auch auf dem Weg zur U-Bahn freuen sich Frauen über eine Rose

Eintausend Rosen werde ich zusammen mit engagierten Genossen am frühen Morgen des 8. März wieder auf den Berliner Straßen verteilen. An jede Rose haben fleißige Helfer ein kleines Fähnchen geklebt, auf dem zu lesen ist: **»8. März: Alles Gute zum Internationalen Frauentag! DIE LINKE«**.

Die Reaktionen der Beschenkten waren in den vergangenen Jahren durchweg positiv. Jeder weiß, wie aufwändig es ist, 1000 Flugblätter im Wahlkampf zu verteilen. Es kommt vor, dass Menschen den Verteilern ausweichen oder dass sie das Flugblatt in den nächsten Papierkorb werfen. Bei den Rosenaktionen ist das ganz anders: Die Frauen lächeln mich an

und bedanken sich fröhlich. Es ist wie ein kleines Rendezvous. Gerade junge Mädchen fragen, ob sie nicht auch eine Rose bekommen könnten. Ja, Frauentag, davon hätten sie schon mal etwas gehört, antworten sie in der Regel auf meine Frage.

Im Anschluss fahre ich immer in den Bundestag und verteile dort Rosen an Putzfrauen, Saaldienerinnen, Postbedienstete und Kellerinnen. Schon im Januar fragten mich Garderobefrauen, ob es in diesem Jahr wieder Rosen gibt.

Doch dann geht es erst richtig los: Insgesamt kommen 200 Frauen an vier Tagen in den Bundestag, um den Frauentag zu feiern. Bereits im Bundestagswahl-

kampf 2009 habe ich auf den Straßen Einladungen verteilt. Der Andrang war enorm! Nach wenigen Wochen waren wir komplett ausgebucht. Männer schreiben Briefe und schlagen verdienstvolle Frauen vor, als ob diese Frauentagsfeiern Auszeichnungsveranstaltungen wären.

Schon in den letzten Jahren waren diese Frauentagsfeiern für mich etwas ganz Besonderes. Frauen erzählten aus ihrem Leben. Was sie vor, während und nach der Wende gemacht haben und dass ihnen der Frauentag fehlt.

Wenn ich über Traditionen nachdenke, die wir über die Wende hinweg gerettet haben, dann fallen mir nicht viele ein. Großartig ist

natürlich das Gedenken an Karl und Rosa Anfang Januar. Doch, dass wir in der DDR viel und gut gefeiert haben, darf auch nicht vergessen werden.

Gregor Gysi meint, dass die Linken mit zwei Dingen nicht umgehen können: Mit Niederlagen und mit Erfolgen. Vielleicht hilft es uns, besser mit Erfolgen und Niederlagen umzugehen, wenn wir uns wieder mehr auf unsere positiven Traditionen besinnen.

Das Durchschnittsalter bei unseren Frauentagsfeiern liegt in der Regel bei 60 Jahren. Damit habe ich kein Problem. Doch mich treibt um, dass es uns noch nicht gelungen ist, den Frauentag wieder als einen großen Kampf- und Feiertag für Jung und Alt zu etablieren. Ich sehe es als Aufgabe des zukünftigen Parteivorstandes an, dass der Frauentag wieder zu einem besonderen Tag in ganz Deutschland wird. Zu einem Kampftag gegen Diskriminierung und Ausbeutung von Mädchen und Frauen in der ganzen Welt. Dabei müssen die unterschiedlichen Traditionen in Ost und West verbunden werden. Auch wenn es nicht im Parteiprogramm stehen wird, doch kämpfen und feiern gehören in einer linken Partei einfach zusammen. Herzlichen Glückwunsch zum Frauentag!

»Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts, ...« (Karl Marx)

Liebe Genossinnen und Sympathisantinnen der Linken, liebe Mädchen und Frauen, zum Internationalen Frauentag wünschen wir euch alles Gute und gemeinsame Erfolge.

Der männliche Rest aus Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und mittendrin-Redaktion

Das nächste Basistreffen

findet am **Mittwoch, 31. März, 19 Uhr** im BVV-Saal, Parochialstraße 1-3, U-Bahnhof Klosterstraße statt.

Thema: **Erbe und Tradition in der LINKEN – Anforderungen an eine Geschichtsdebatte**

Gast: **Jürgen Hofmann**, Sprecher der Historischen Kommission des Parteivorstandes

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Mitte hat nun doch endlich einen beschlossenen Haushalt. SPD und Grüne stimmten in der Februarsitzung der BVV dem Bezirkshaushaltsentwurf und dem Ergänzungsplan zu, nachdem sie ihn im November 2009 hatten platzen lassen und den Bezirk in die vorläufige Haushaltswirtschaft schickten. Welche Auswirkungen diese konkret auf die Leistungserbringung für Mittes Bürgerinnen und Bürger bisher hatte, muss vom Bezirksamt noch beantwortet werden.

Überrascht hat das neue Stimmverhalten von SPD und Grünen keinen mehr, aber mit welchen Argumenten die einstigen Ablehner nunmehr ihre Zustimmung begründen würden, darauf waren wohl viele gespannt. Für die SPD war der Haushalt vor drei Monaten nicht tragbar, weil der von den Linken initiierte Beschluss, 200.000 Euro für den Erhalt des Weinmeisterhauses im Haushalt zu finden, völlig unrealistisch und unverantwortlich sei. Man habe faktisch die Notbremse ziehen müssen. Jetzt sind – neben der Finanzierung des Weinmeisterhauses auf Beschluss der BVV im Januar – munter zusätzliche 300.000 Euro für Bauunterhaltung und weitere 100.000 Euro für die Finanzierung von fremd veranstalteten Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche »gefunden« worden. Nicht dass das schlecht für die Jugendlichen wäre, aber die SPD muss sich schon fragen lassen, was jetzt an der Finanzierung »realistischer« ist. Und die Grünen? Sie hatten den Haushaltsentwurf »fundamental« kritisiert und wegen mangelnder Transparenz und fehlender politischer Schwerpunktsetzung des Bezirksamtes abgelehnt. Jetzt wol-



SPD und Grüne drehen Pirouetten

le man »einen Neuanfang wagen« - da war der nahezu unveränderte Haushalt zustimmungsfähig. Für diese Drehung sollten Haltungsnoten vergeben werden.

Eine komplizierte Abstimmung stand den Verordneten zum Beschluss des Bezirksamtes, eine Veränderungssperre zum B-Planentwurf I-33 zu erlassen, bevor. Damit würde das Bauvorhaben einer von Bürgern gegründeten Baugruppe auf dem Grundstück Sebastianstr. 18 scheitern. Sven Diedrich (Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der LINKEN) bot noch einmal seine ganze Redekunst und Argumentationsstärke auf, um besonders den Bezirksverordneten von SPD und Grünen die Tragweite und Folgen ihrer Entscheidung für eine Veränderungssperre vor Augen zu führen. Hier, wo der Bezirk demonstrieren könnte, dass er die Förderung von Baugruppen tatsächlich ernsthaft unterstützt, ist eine solche Blockade unakzeptabel.

Blick aus dem Amt:

Regelsatz für Kinder verfassungswidrig

Die gerichtliche Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit der Regelsätze ist eine schallende Ohrfeige für SPD und Bündnis 90/Grüne, die die Hartz-IV-Reformen zu verantworten haben. Für mich als Jugendstadträtin ist die Feststellung besonders bedeutsam, dass der für Kinder festgelegte Regelsatz keine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und am Leben der Gleichaltrigen ermöglicht. Als LINKE haben wir das von Beginn an kritisiert und Veränderungen eingefordert. Es ist doch absurd, dass der vom Bedarf eines Erwachsenen abgeleitete Kinderregelsatz einen Anteil für Alkohol und Tabak enthält, nicht aber für Windeln, wachsende Kinderfüße und Schulfeste. In Mitte lebten Ende 2008 über 26.000 Minderjährige in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Fast die Hälfte von ihnen war jünger als 7 Jahre. Können diese Kinder jetzt auf mehr Geld hoffen? Die Chancen stehen gut. Aber schon sind Stimmen zu hören, die von Sachleistungen und Gutscheinen reden

statt von einem kindgerechten Regelsatz. Um es vorweg zu sagen: Ich halte gar nichts von solchen Gutscheinen. Erstens wird damit unterstellt, dass arme Eltern grundsätzlich nicht in der Lage oder willens sind, gut für ihre Kinder zu sorgen. Das ist verleumderisch und durch nichts bewiesen, macht sich aber gut in der aktuellen populistischen Stimmungsmache gegen diejenigen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind (viele von ihnen trotz Arbeit!). Zweitens halte ich es auch aus verfassungsrechtlichen Gründen für be-



Foto: Archiv

denklich, weil der Regelsatz das Existenzminimum sichern soll, das verfassungsrechtlich geschützt ist. Und drittens ist die Gutscheindebatte nichts anderes als der Versuch der Bundesregierung, sich

Nach einer Beratungsunterbrechung konnte ein Kompromiss gefunden werden: Die Beschlussfassung wurde ausgesetzt. Dadurch kann ein neuer Bauantrag der Baugruppe mit dem Bezirksamt verhandelt werden.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Welche Auswirkungen hat** die vorläufige Haushaltswirtschaft bisher für den Bezirk bzw. welche Auswirkungen sind bereits absehbar? Inwiefern sind Angebotsstrukturen für Bürgerinnen und Bürger betroffen?

(DIE LINKE) 1536/III

■ **Hat das Bezirksamt** für die Stiftung Bürger für Mitte (Erbschaft »Conrad«) bereits einen Beirat berufen? Wenn ja, wer sind die Mitglieder? Wann sollen zum ersten Mal Mittel aus der Stiftung ausgereicht werden und wofür? (DIE LINKE) 1540/III

Beschlossen u.a.:

■ **Entwürfe des Doppelhaushaltsplans** Mitte und des Ergänzungsplans für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 (1515/III)

■ **Das Bezirksamt wird ersucht** zu prüfen, ob die Graffiti-Wand, die von Jugendlichen vor anderthalb Jahren eigenhändig errichtet wurde, an diesem Standort (ehemaliger Klub International) erhalten oder an einen anderen Ort verlagert werden kann, damit sie weiterhin von den Jugendlichen zu nutzen ist. (DIE LINKE) 1548/III

vor der Verantwortung für die Förderung von Kindern und Jugendlichen und den Ausbau der Chancengleichheit im Bildungswesen zu drücken. Kindgerechte höhere Regelsätze UND Investitionen in Bildung und allgemeine Förderung sind notwendig. Unverzichtbar ist existenzsichernde Arbeit für die Eltern als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jeden Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Frauenförderung – ein Thema aus der Mitte der Gesellschaft

Was Zahlen sagen und was daraus folgt



Foto: Archiv

Gleichberechtigung nicht nur am »Girls Day«

Mit Wohlwollen kann ich feststellen, dass das Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern in den vergangenen Jahren ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Aus einem Randproblem, dem sich angeblich verbissene Frauen verschrieben hatten, ist ein modernes und interessantes Aufgabenfeld geworden, dem sich Politiker, Unternehmer, Verbandsvertreter, Universitätspräsidenten beiderlei Geschlechts durchaus ernsthaft zuwenden. Ich sage, noch zu wenige, aber ein Fortschritt ist erkennbar.

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erstmals ein Gender Datenreport erarbeitet worden, der seit Februar dieses Jahres im Internet wesentliche Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Eine gute Datenlage ist Grundlage von Entscheidungen. Was sagen die Zahlen aus und was folgt daraus?

Beispiel eins: Mehr als die Hälfte der Schüler an Gymnasien und der Studienanfänger an Hochschulen sind weiblich. Aber nur knapp 70 Prozent der Frauen gehen einer Erwerbsarbeit nach, bei den Männern sind es 78 Prozent. 39 Prozent der Abiturientinnen des Jahres 2007 haben in den vergangenen Jahren kein Studium aufgenommen, bei den Jungen waren es nur 30 Prozent.

Allein aus diesen wenigen Zahlen sind viele Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

**Fraktion DIE LINKE
in der BVV Mitte von Berlin**

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und
am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,
10178 Berlin, Raum 323,
Telefon: 9 01 82-45 65

DIE LINKE Berlin Mitte

Die jungen Berlinerrinnen sind höher gebildet als die jungen Männer. Das war vor wenigen Jahren noch ganz anders. Diesen Trend gilt es weiterhin zu unterstützen, indem vor allem die Übergänge von Schule-zu Hochschule-zu Beruf gründlicher untersucht werden müssen, um Brüche und Abbrüche bei jungen Frauen zu mindern bzw. zu verhindern. Die Zahlen sagen aber auch, dass es wichtig ist, Bildungsmethoden den Bedürfnissen junger Männer besser anzupassen, um zu verhindern, dass sie weiter zurückbleiben.

Beispiel zwei: 46 Prozent der Promovierenden sind mittlerweile Frauen. Mit einem Frauenanteil an den regulären Professuren von 25,6 Prozent steht Berlin an der Spitze aller Bundesländer. Seit über zehn Jahren greift im Hochschul- und Universitätsbereich ein kluges, effektives Förderprogramm für

Frauen. Durch die rot-rote Regierung konnte es ausgeweitet werden. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen, damit wir in einigen Jahren dann auch im internationalen Vergleich bestehen können.

Beispiel drei: Unter allen Personengruppen, die untersucht worden sind, sind alleinerziehende Frauen die größte Gruppe, die Arbeitslosengeld II bezieht. Alleinerziehend zu sein, ist das größte Armutsrisiko.

Mit allen Problemen, die hier exemplarisch aufgeschrieben sind, beschäftigen wir uns intensiv in unserer Politik. Noch in diesem Jahr wird es eine Tagung zum Thema Alleinerziehende geben, die von unserer Verwaltung organisiert wird. Danach werden wir einen konkreten Handlungsplan aufstellen. Noch in diesem Jahr werden wir die Verhandlungen zur Weiterführung des Frauenförderprogramms in Hochschulen über 2011 hinaus beginnen. Kontinuität ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Gleichstellungspolitik. Sie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Regierungspolitik mit klarem linken Profil.

Almuth Nehring-Venus
Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie und Frauen

Frauenprojekte in Mitte

Bei den Haushaltsberatungen für 2010/2011 standen auch Frauenprojekte auf der Kürzungsliste. Die Fraktion DIE LINKE hat sich in den zurückliegenden Monaten gemeinsam mit anderen erfolgreich für eine weitere Förderung eingesetzt:

Projekt Evas Haltestelle

Das Projekt der Obdachlosenhilfe (Katholischer Sozialdienst) in der Bornemannstraße im Wedding bietet Frauen in den Kältemonaten die Möglichkeit einer gesicherten Übernachtung (6 Plätze) und sozialen Betreuung an zwei Nächten in der Woche und erhält einen bezirklichen Zuschuss von 10.000 Euro. Das Projekt wird ab dem 22. Februar bis Ende März einen Probetrieb mit 7 Nachtöffnungstagen in der Woche durchführen. Die Finanzierung des ausgeweiteten Angebotes in Höhe von 3.500 Euro wurde auf Antrag des Sozialausschusses (aus Mitteln der Kreuzberger Stiftung) ermöglicht.

Ökumenisches Frauenzentrum Evas Arche

Evas Arche ist ein Kommunikations-, Informations- und Beratungszentrum für Frauen aus kirchlichen und nichtkirchlichen Bereichen. Seit 19 Jahren befindet es sich im Bezirk Mitte in der Großen Hamburger Straße und wird sowohl aus Landes- als auch Bezirksmitteln unterstützt. Es ist ein Ort für Frauen, die Solidarität und Kontakte suchen. Seit Mai 1996 gibt es ein Betreuungsprojekt, bei dem Mitarbeiterinnen sozial schwache, allein lebende Seniorinnen und Kinder von allein erziehenden, sozial bedürftigen Frauen begleiten. Für dieses Projekt, das überwiegend über den Öffentlichen Beschäftigungssektor finanziert wird, konnte aus dem Bezirkshaushalt für 2010/2011 ein Zuschuss von je 10.000 Euro gesichert werden.

Kurznachrichten

Charité wird 300

1710 entstand vor den Toren Berlins ein «Pesthaus». Es sollte die Bürger vor der Seuche bewahren, die sich damals bedrohlich ausbreitete. Heute gehört die Charité - auch der Name ist 300 Jahre alt - zu den größten Universitätskliniken Europas. Seit den siebziger Jahren eroberte sich die Charité wieder hohe Anerkennung weit über die Grenzen der DDR hinaus. Nach der Fusion mit anderen Kliniken sind heute 14 500 Mitarbeiter in den über 100 Einrichtungen und Instituten tätig. Mehr als 7 000 Studierende erhalten hier ihre Ausbildung.

Post tauscht Briefkästen

Mehr als hundert Briefkästen in und um Berlin muss die Post austauschen. Silvesterböller haben sie so stark beschädigt, dass sie nicht mehr zu reparieren sind. Das wird einige Wochen dauern, teilt die Post mit. Man habe nicht genügend neue Kästen «auf Lager».

Frischekur für Goldelse

Frau Viktorias Haut ist dünn geworden. Sie wird frisch vergoldet und ihr Standplatz, die Siegestsäule am Großen Stern, wird zugleich mit allen Kanonen und Generälen aufpoliert. Die unterirdischen Zugänge bekommen frische Luft und besseres Licht. Während der Bauzeit bis weit ins Jahr 2011 wird ein bemalter Plastikmantel die Anlage umhüllen. Aber ohne Firmenwerbung! Die Aussichtsplattform soll man bereits im November 2010 wieder betreten können.

Gutzahlende Gäste

Besucher aus aller Welt tun der Hauptstadt gut: Statistisch gesehen gibt jeder Gast in Berlin täglich 196,70 Euro aus - mehr als in irgend einer anderen deutschen Stadt. Dort klingeln pro Gast und Tag höchstens 131,60 Euro in die Kassen. Das ermittelte ein Münchener Universitätsinstitut im Auftrag von Bund und Ländern.

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte - immer auf dem neuesten Stand.

Menschen in Mitte

Kai-Thomas Arndt:
Ein Leben für den Sport

Trotz Kälte, Eis und Schnee sind 188 mutige Berliner und Gäste am 14. Februar an den Start des 67. Plänterwaldlaufes gegangen, freut sich Kai-Thomas Arndt. »Und alle sind heil und begeistert am Ziel angekommen«. Der vor über drei Jahrzehnten als Kulturpark-Marathon gegründete Wettbewerb gehört zum Leben des heute 44jährigen Vorsitzenden des Sportvereins ABC Zentrum Berlin e.V. »Schon als Zehnjähriger war ich mit Vater und Schwester auf dieser Rennstrecke«, erinnert er sich gern. Jetzt gehört der Lauf gleich zwei Mal im Jahr - im Dezember und im Februar - zu den Höhepunkten seines Vereins.

ABC bedeutet Athletik und Ballspielclub auf dem weiten Areal zwischen Holzmarkt- und Singerstraße mit seinem gepflegten Sportplatz mit Tartan-Laufpisten, der Blechsporthalle, der Sporthalle des Max-Planck-Gymnasiums und dem kleinen Klubhaus mit Räumen für Treffs, Sauna und Verwaltung. Über 250 Mitglieder - das jüngste ist fünf, das älteste 78 - treiben hier von Montag bis Freitag Sport aus Spaß und Freude: Laufen, Springen, Basketball, Gymnastik, Fußball, Volleyball. Am Vormittag sorgen vor allem Kinder aus den Kitas rundum für Stimmung, ab Mittag kommen Schüler aus den Schulhorten. Nachmittags bevölkern auch viele Senioren die Einrichtungen. Bewohner aus den umliegenden Wohngebieten, die in den 70er Jahren mit den Sport- und Spielanlagen entstanden,

ABC-Zentrum Berlin
»Kleinod« für
Sportbegeisterte

kommen regelmäßig zum Freizeitsport. Seit Jahren erholt sich eine chinesische Studentengruppe bei Ballspielen von den Anstrengungen des Studiums. Abgeordnete der Bundestagsfraktion der LINKEN bauen beim Laufen und Handball Stress ab. »Unsere Sportstätten sind für alle aus der Mitte Berlins - nicht nur für die Vereinsmitglieder - weit geöffnet«, betont Kai-Thomas Arndt.

Seine Liebe gehörte schon immer dem Sport. Mit 14 war er bereits Hilfsübungsleiter beim Sportklub Rotation Berlin. »1988 habe ich mein Hobby zum Beruf gemacht, wurde hauptamtlicher Trainer für Leichtathleten«, erzählt er stolz. »Wir trainierten vor allem talentierte Kinder für die Sportschulen. Sogar eine Europa- und Vizeweltmeisterin im Gehen, Beate Anders, begann ihre Laufbahn hier in unserer Sporteinrichtung.«



Foto: Herold

Kai-Thomas Arndt

Heute sorgt der lizenzierte Trainer ehrenamtlich jede Woche für mindestens zehn Stunden für einen abwechslungsreichen und reibungslosen Sportbetrieb. Mit seinen 15 Trainern und Übungsleitern arbeitet er in diesen Tagen schon wieder an der Vorbereitung der nächsten Höhepunkte: das traditionelle Kinder-Sportfest im Juni, der Lichtenauer Wasserlauf - eine bewährte Kooperation mit dem Getränkeunternehmen »Lichtenauer« - entlang der Spree durch die Mitte Berlins im Juli, das bei 10- bis 12jährigen Schülern beliebte Trainingslager in den Sommerferien oder der originelle »Paarlauf mit Musik«, bei dem jedesmal bis zu 80 Paare - der Vater mit dem Sohn, die Oma mit der Enkelin oder die Freundin mit dem Freund - zusammen oder abwechselnd 30 bis 60 Minuten lang Laufstrecken überwinden. Mit der Versicherung KKH-Allianz, bei der er als Gebietsleiter seinen Lebensunterhalt verdient, organisiert Kai-Thomas Arndt nun auch noch einen Wettlauf rund um den Hauptbahnhof.

ABC Zentrum Berlin ist für den Vereinschef ein »Kleinod«, das er mit viel Freizeit und Engagement weiter in die Zukunft bringen will. Die sportbegeisterten Berliner werden es ihm danken. Weitere Infos per www.abczentrum-berlin.de

Matthias Herold

»Helden« im »Meistersaal«



Foto: Archiv

Ansicht des Gebäudes Köthener
Straße 38 im Jahr 1913

Jede Tour auf den Spuren der Musikgeschichte durch Berlin hält vor dem Haus in der Köthener Straße 38 an und er- und erklärt die Zeit, als in den Hansa-Studios Größen wie David Bowie, Iggy Pop, Depeche Mode, David Byrne, Falco, Nick Cave, U2 Platten aufnahmen. Besonders die »Berlin-Trilogie« Bowies macht aus den ehemaligen Ariola-Studios eine Legende: »Recorded at Hansa by the Wall, Berlin« stand auf dem Cover der wohl bekanntesten Produktion dieser Reihe – »Heroes«.

Die Geschichte des Gebäudes begann allerdings nüchtern: Das Grundstück wurde 1910 vom Verband der Baugeschäfte von Berlin und Vororten e.V. – später Innung des Bauhandwerks – erworben, um das Verbandshaus zu errichten. Nach dreijähriger Bauzeit umfasste es die Büros des Verbandes, einige Rechtsanwaltskanzleien, sowie eine Buchhandlung und wurde am 6. Oktober 1913 durch den Vorsitzenden des Verbandes, Otto Heuer, eingeweiht.

Im eigentlichen Kernstück des Gebäudes, das aus einem 266 Quadratmeter großen Kammermusiksaal besteht, wurden schon früh Tagungen und Konzerte veranstaltet. Seinen Namen »Meistersaal« erhielt der Saal durch ein damals durchgeführtes Preisausschreiben. Darüber hinaus wurden in dem Saal den Handwerksgehilfen nach bestandener Prüfung die Meisterbriefe durch den Verband der Baugeschäfte überreicht.

Im Erdgeschoss des Hauses richtete sich der Malik-Verlag unter der Leitung von Wieland Herzfelde und die Galerie George Grosz ein. Am 27. Januar 1921 gelang es, eine Lesung von Kurt Tucholsky im Meistersaal zu veranstalten. 1926 kündigte die Bau-Innung den Vertrag mit den ungeliebten Untermietern. An die Zeit des Malik-Verlages erinnert eine Gedenktafel.

Seit 1961 wurde der Meistersaal als Tonaufnahmestudio von der Plattenfirma Ariola genutzt, denn die nun ruhige Lage des Meistersaals in der Nähe der Berliner Mauer begünstigte dessen Nutzung als Studio. 1976 erwarben Peter und Thomas Meisel – die Eigentümer des erfolgreichen Hansa-Labels – das gesamte Anwesen und richteten insgesamt fünf Studios ein. Die Bombenschäden am Gebäude wurden nun saniert und nach der »Entdeckung« durch David Bowie wurde »Hansa by the Wall« auch von internationalen Künstlern rege gebucht. Nach dem Fall der Mauer war es Schluss mit ruhig und aus Kostengründen wurde Studio 2 – so der Name des Meistersaals seit 1976 – geschlossen. Die letzten Aufnahmen dort entstanden 1990 als U 2 das Album »Zooropa« produzierten.

Das musikalische Denkmal für das Gebäude und seine Nutzung als Studio setzte David Bowie mit dem Song »Heroes«, von dem auch eine deutsche Version aufgenommen wurde – in den 1970er Jahren durchaus übliches Vorgehen, Peter Gabriel fertigte sogar zwei komplette Alben in deutscher Sprache. Bowie singt in herzerreißend schlechter Aussprache

*Ich glaub' das zu träumen
die Mauer
Im Rücken war kalt
Schüsse reißen die Luft
Doch wir küssen
Als ob nichts geschieht*

Der Meistersaal wird heute für Events und Kulturveranstaltungen genutzt. Er wurde von Thomas Meisel aufwändig in den frühen 1990er Jahren in den Originalzustand zurückversetzt. Die Hansa-Tonstudios umfassen lediglich das alte Studio 1, zwei weitere kleinere Studios und das ehemalige »Misch-Studio«, das derzeit vorwiegend von Jack White und Udo Jürgens genutzt wird.

Regelmäßige Führungen durch den Meistersaal und die Hansa-Tonstudios werden von Musikinteressierten aus aller Welt genutzt, um einen Eindruck der Atmosphäre zu bekommen, was nicht wirklich gelingt. **Christoph Nitz**

Bei anderen gelesen

»Bund der Vertriebenen« – Provokation

Schon der Name ist ein Anachronismus. 65 Jahre nach dem historischen Faktum ist er eine Provokation. Interessenvertreter, denen Versöhnung nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, wären gut beraten, den BDV zu einer Vereinigung von Heimatvereinen der verschiedenen Landsmannschaften umzuwandeln. »Der Spiegel«, 25.01.2010

Zögerliche Aufarbeitung

Den Bund der Vertriebenen holt die braune Vergangenheit seiner früheren Mitglieder ein. Der Spiegel hatte 2006 nach umfangreichen Archivrecherchen belegt, dass der Anteil an ehemaligen SS-Angehörigen und Nazis im Führungspersonal der Vertriebenenverbände in den Nachkriegsjahren weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt lag. So zählte der langjährige Chef der Landsmannschaft Schlesien in Baden-Württemberg zu einem Kommando, das Tausende Juden ermordete. Steinbach lehnte Forderungen nach einer historischen Aufarbeitung ab. »Der Spiegel«, 25.01.2010

Geschacher statt Gedenken

Die Demokratie erweist ihre Stärke darin, Interessenkonflikte auszutarieren. Im Ideenhimmel der politischen Theorie ist die Einigung im Streit über Erika Steinbachs Rolle im Stiftungsrat des Vertreibungsverbands als Erfolg zu bewerten. Doch auf dem Boden der politischen Wirklichkeit klebt an diesem Kompromiss das Ärgernis wie Lehm auf der Masurischen Seenplatte. Im Ergebnis ist das sehr kleine Münze für die große Sache der Gedächtniskultur. »Frankfurter Rundschau«, 16.02.2010

Tacheles vor dem Aus ?

Durch eine Schließung wäre die Alternativszene der Stadt sehr verändert. Das Kunsthaus versteht sich als selbstbestimmtes Kunst- und Veranstaltungszentrum. Es nutzt ein vor dem Abriss gerettetes Kaufhaus. »Berliner Abendblatt«, 23.01.2010

Loch an Loch

Der Frost hat die Straßen in Holperpisten verwandelt, weil in den vergangenen Jahren kaum etwas saniert wurde. Die Straßen sind übersät mit Schlaglöchern, und täglich kommen neue hinzu. Auch Fuß- und Radwege sind davon betroffen. In Mitte wird die Schadensliste täglich länger. Gegenwärtig können nur Reparaturarbeiten durchgeführt werden. »Berliner Zeitung«, 16.02.2010

»Ich will gleiche Chancen für alle Kinder«

»mittendrin« fragte Stadträtin Petra Schrader

Wie liefen die ersten Wochen im neuen Amt?

Ich habe bei meiner Arbeit vom ersten Tage an sehr viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getroffen. Eine Frage motiviert sie alle: Wie können wir mit den knappen Mitteln die wichtigsten Anliegen für die Bürgerinnen und Bürger sichern? Dafür fühlen sie sich verantwortlich und zuständig. Und ich bin sehr froh, dass diese Haltung »parteiübergreifend« zu finden ist. Im Jugendhilfeausschuss habe ich etwa den Eindruck, dass alle Parteien konstruktiv miteinander zusammen arbeiten.

Zur Zeit leitest Du das Jugend-Ressort, ab nächsten Monat kommen Schulen und Sport dazu. Drei dicke Brocken - kriegt man die unter einen Hut?

Diese Bündelung macht schon Sinn. Zu Beginn einer Legislaturperiode ist diese Kombination ein Glücksfall. Ein Jahr vor den nächsten Wahlen ist der Spielraum für Gestaltungsmöglichkeiten wesentlich geringer. Die Umsetzung einer politisch auch von uns Linken gewollten Schulstrukturreform unter dem Druck der Sparpolitik des Landes heißt für den Bezirk Mitte, Schulen schließen zu müs-



Foto: Archiv

sen. Das trifft die Schülerinnen und Schüler unmittelbar. Ist doch klar - jeder wünscht sich für sein Kind die besten Bedingungen. Und wir müssen das so umsetzen, dass alle Kinder aller Eltern im Bezirk und im Land Berlin die gleiche Chance bekommen. Ich will, dass wir mit allen Beteiligten offen darüber reden und gemeinsam die beste Lösung finden.

Trotzdem - das bleibt eine schwer zu lösende Aufgabe.

Sicher. Dass die Folgen von Haushaltskürzungen Unzufriedenheit und Kritik wecken, das verstehe ich. Auch ich bin darüber alles andere als glücklich.

Mit dem Ressort Schule sei jetzt »kein Blumentopf« zu gewinnen, kommentierte eine Zeitung Deinen Amtsantritt. Deine Antwort?

Das kann man sehen wie man will. Hier in Mitte stellte die SPD bislang den für die Schu-

len zuständigen Stadtrat. Ab April hat DIE LINKE diese Aufgabe. Wer meint, dieser »Tausch« im Jahr vor den Berliner Wahlen hätte etwas mit den bevorstehenden Schulschließungen in Mitte zu tun, liegt vermutlich richtig. Jetzt, wo es darum geht, unpopuläre Maßnahmen umzusetzen, da kneift die SPD und gibt ein Ressort auf, das für sie einmal »Chefsache« war. Das kann man beklagen, doch es ist wie es ist. Ich will als einzige linke Schulstadträtin in Berlin die Chance, die ich mit der Übernahme dieses Ressorts sehe, unbedingt nutzen.

Und Du lädst Dir freiwillig den Zorn der Eltern, der Pädagoginnen und Pädagogen und sicher auch der Schülerinnen und Schüler auf?

Die LINKE nimmt die Herausforderung an. Für uns hat der Bildungsbereich Priorität. Das Projekt des längeren gemeinsamen Lernens ist eines der wichtigsten der Berliner LINKEN in dieser Legislaturperiode. Hier bietet sich die Möglichkeit, gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Schülern und Pädagoginnen und Pädagogen Entwicklungen zu fördern und etwas auf den Weg zu bringen, das allen Kindern und Jugendlichen mehr Chancengleichheit garantiert. Das ist doch ein lohnendes Ziel.

Du wirst viele Verbündete brauchen.

Viele habe ich schon kennen gelernt. Neue werden sich finden. Da bin ich zuversichtlich.

Fragen: Heinz Grote

Prenzlwichser versus Friedrichhainis

»Gutes Wedding – Schlechtes Wedding« im PrimeTimeTheater

Hinweg mit den Prenzlwichsern und Friedrichhainis – und den großen Theatern, die Werktreue mit Körperverletzung gleichsetzen. Prime Time* ist angesagt. Genauer: das Prime Time Theater in der Weddinger Müllerstraße (und irgendwie sind wir alle ein bißchen Mitte). Süchtig soll es machen, war zu lesen, ironisch sei es, kritisch auch – aber vor allem lustig.

Die Zuschauer werden noch mit Handschlag begrüßt, der lebendige Hausgeist (eine vierbeinige Promenadenmischung) stolziert als Theater-Maskottchen im Zuschauerraum und auf der Bühne herum. Im Foyer gibt es unschlagbar günstige Cocktails (z.B. Telenovela) und Börek. Und dennoch hat niemand eine Chance. Nicht die Zuschauer, die keine Karte bestellt haben (Ausnahmen zugegeben) und nicht die drei Bewerber – um die es heute geht: Sie suchen Anstellung bei Piroshka, einer Weddingerin mit Migrationshinter-

grund, die Hilfe für ihr Solarium mit Nagelstudio und Hotdog-Verkauf braucht. Seit die Biene-Maja-Koalition Arbeitsvermittlung privatisiert und in die Zuständigkeit des Fernsehens gestellt hat, ist der Ansprechpartner für alle Beteiligten die Moderatorin Molly van der Lind. »Drei Bewerber – keine Chance« heißt das Stück, das die Autoren eine Sitcom nennen. Aber, es ist mehr als Geplapper zwischen Soap, Grotoske und Kieztheater. Die Macher, eine Handvoll Schauspieler unter Oliver Tautorat (Regie) und Constanze Behrends (Texte), sind immer in mehreren Rollen zu sehen. Sie haben - vermutlich weltweit - die erste Theaterserie erfunden. Wiederkehrende Figuren, Themen aus dem Kiez, die alle erreichen: ironische Anspielungen, Überhöhungen, gelegentlich auch Tiefschläge unter die Gürtellinie. All das steht für lebendiges Volkstheater, schamlos frech und engagiert. So zeigt sich die Folge 61. Und wer die nicht mehr geschafft hat, dem mag die 62 nahe gelegt



Foto: PrimeTimeTheater

sein: die »Verabschiebung«. Onkel Ahmed soll abgeschoben werden, trotz seiner angeheirateten Heidemarie. Die nämlich hat noch nur einen DDR-Pass. So müssen beide zum Einbürgerungstest – während Ronja mit ihrem Freund Oktay nach Hassleben fährt, um ihn Vati und Mutti vorzustellen, in die Uckermark, mit der Fontane schon seine Schwierigkeiten hatte. Aber auch dort zeigt sich: Real Sex is only Wedding!

Verena Werthmüller

Folge 62 »Verabschiebung«, Termine 20. Februar bis 16. März 2010, immer zur Prime Time um 20.15 Uhr, Karten & Info: 030/ 49 90 79 58, <http://www.primetimeheater.de/> * prime time = beste Fernsehzeit um 20.15 Uhr!

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Carola Bluhm über Zukunft des ÖBS

Rund 7500 Menschen arbeiten im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin. Sie verrichten gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit und das zu Tariflöhnen, mindestens aber für 1300 Euro im Monat. Das entspricht dem von Gewerkschaften und Senat geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde.

Aber hält der ÖBS auch, was sich die Linke und der Senat von ihm versprechen? Schafft er werthaltige Arbeit, die den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet und ihre Existenz sichert? Das wollten wir von Sozial-Wissenschaftlerinnen wissen, bei denen wir eine Zwischenbilanz des ÖBS in Auftrag gegeben haben. Das Ergebnis: Ja, der ÖBS schafft sinnvolle Arbeit, die den Menschen Spaß macht, ihnen neuen Sinn gibt. Und er sorgt dafür, dass zumindest die Alleinstehenden unabhängig vom Jobcenter werden. Wenn man mit ÖBS-Beschäftigten spricht, bestätigt sich das. »Ich war ganz unten. Job weg, alkoholkrank, die Ehe war in die Brüche gegangen«, berichtet ein Bau-Facharbeiter. »Jetzt bin ich zu 80 Prozent wieder oben«, sagt er. Und er hofft, dass das so bleibt. Doch – und damit kommen wir zu ei-

ner problematischen Seite unseres ÖBS – viele der Stellen können nur befristet mit denselben Beschäftigten besetzt werden. Das liegt an der komplizierten Konstruktion des ÖBS. Die Bundesregierung lehnt den ÖBS als Idee und Konzept ab. Und sie weigert sich auch, den einfachsten Weg zur Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu gehen, nämlich die Bündelung aller Mittel zuzulassen, die jetzt für Arbeitslose ausgegeben werden. Deshalb nutzen wir zur Finanzierung arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes und stocken sie aus Landesmitteln auf, die eigentlich für langfristige Beschäftigung in einem echten dritten Sektor zwischen Markt und Staat nicht geeignet sind.

Doch der ÖBS geht weiter – allen anderslautenden Meldungen zum Trotz. Wir haben gemeinsam mit dem jetzt auch rot-rot-regierten Brandenburg mit der Bundesagentur für Arbeit einen Weg gefunden, den ÖBS fortführen zu können, indem wir ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Instrument einsetzen. Damit zeigen wir auch: Es gibt gute Alternativen zu Hartz-IV und seiner Logik von Druck, Zwang und Armut. Der ÖBS ist ein Weg, diese Logik zu überwinden.

Daseinsvorsorge:

Schluss mit der Vertraulichkeit!

Bei der 58. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin wurde der Antrag der SPD und der Linksfraktion zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz – IFG) an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung überwiesen. Dort wird der Antrag zuerst im Unterausschuss Datenschutz und Informationsfreiheit behandelt.

In diesem Zusammenhang wurde aber von den regierenden Koalitionsparteien versucht, eine noch umfassendere Gesetzesänderung mit einem Entschließungsantrag zu erreichen. Dies wurde mit großer Mehrheit angenommen, die Grünen haben dagegen gestimmt.

Bei diesem Entschließungsantrag ging es um die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für mehr Transparenz und Publizität in den wichtigen Bereichen existenzieller städtischer Infrastrukturen. Ziel dieses Antrages ist, den Konflikt zwischen den grundgesetzlich geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheim-



Foto: Archiv

nissen einerseits und den Transparenzinteressen der Öffentlichkeit andererseits in ein neues Verhältnis zu bringen. Damit würde eine demokratische Diskussion und Reflektion

solcher Verträge möglich, und zwar vor allem da, wo es sich um natürliche Monopole handelt oder um vergleichbare Netzinfrastrukturen. Das ist der Kern der Angelegenheit.

Bei der Diskussion im Plenum wurde deutlich, dass unterschiedliche Auffassungen existieren bei der Frage, ob bei jeder Gelegenheit über die Offenlegung und Transparenz diskutiert werden soll, ob der Begriff Daseinsvorsorge immer wieder neu definiert werden soll, oder ob es dazu eine grundsätzliche Regelung geben soll? Dieser Entschließungsantrag der SPD und der Linksfraktion war sehr gut sachlich begründet. Seine Notwendigkeit unterstrich Klaus Lederer in seinem Redebei-

Politische Bildung

Der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin

Praktische Erfahrungen, Vergleiche, Chancen und Grenzen

Prof. Dr. Klaus Steinitz, Vorsitzender der »Hellen Panke« e.V.; Elke Breitenbach, Integrations- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion Berlin; Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin; Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion Mecklenburg-Vorpommern; Dorothee Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg u.a.

12.03. 10:00 Uhr, Nachbarschaftshaus (NHU e.V.), Urbanstraße 21, 10961 Berlin

Strategien für einen Richtungswechsel

Nachdenken über gesellschaftliche und politische Aufbrüche

Kerstin Kaiser, Albrecht Müller, Michael Schlecht, Ottmar Schreiner, Conny Hildebrandt

17.03. 19:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Gemeinschaftsschule in Berlin

Eine Zwischenbilanz der Pilotphase im Kontext der geplanten Schulstrukturreform

Steffen Zillich, MdA und Mathias Thimm, Schulleiter Reformschule Charlottenburg; Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung; Marianne Demmer, stellv. Bundesvorsitzende GEW; Moderation: Christian Füller, Redakteur der taz

27.03. 10:00 Uhr, Reformschule Charlottenburg, Sybelstraße 20/21, 10629 Berlin

trag: »Wenn wir vermeiden wollen, dass wir uns jedes Mal im Parlament darüber streiten, ob ein Vertrag wie der mit »Bread and Butter«, die Vermietung städtischer Immobilien u.ä. zur Daseinsvorsorge gehören oder nicht, bin ich für Rechtsklarheit... Wir sollten politisch definieren, in welchen Bereichen wir die Offenlegung wollen, und dort sollten wir sie machen... Ich will eine Vorkehrung treffen für den Fall, dass uns das Europarecht oder andere rechtliche Vorschriften verpflichten, bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge auszuscheiden und an Private zu vergeben. Da muss Transparenz her.«

Dieser Antrag war ein richtungsweisender Schritt. Ich denke aber, dass dieses Thema uns noch eine Weile beschäftigen wird.

Kadriye Karci

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Das ist das Letzte

Der letzte Aufschrei von Guido Westerwelle lautet: Die Diskussion um Hartz IV trägt »sozialistische Züge«! Himmel hilf! Hundt greif ein! Guido, erlöse uns! Fährt der Zug tatsächlich schon wieder Richtung Sozialismus? Und ob! Die Kohle lebt von der Staatssubvention. Die Landwirtschaft ebenso. Die Autokonzerne schlucken mehr Staatshilfe in einem Jahr als die DDR in 40 Jahren dafür ausgegeben hat. Die Banken flüchten unter den Schirm des Staatsetats.

Die Kanzlerin droht mit Verstaatlichung. Die Linken reden in Bund und Ländern mit. Die Oppositionsparteien sind mehrheitsfähig bei fast allen Wahlen. Kirchen und Gewerkschaften drohen mit sozialen Unruhen. Gesundheits- und Bildungspolitik werden mit sozialistischer Elle gemessen.

Das Bundesverfassungsgericht wertet die Hartz-IV-Bezüge als menschenunwürdig besonders für Kinder. Die Zwei-Klassen-Politik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr werden lässt, wird nicht mehr hingegenommen. Drum sponserten die Unternehmer den Wahlkampf der neoliberalen Extremisten. Und Westerwelle arbeitet nun an der Bringpflicht. Nur hat das alles mit Sozialismus herzlich wenig zu tun. Der ausufernde Niedriglohnsektor stößt immer mehr Menschen in die Sklaverei. Die Steuerprivilegien der Oberschicht gab es so nur im Feudalismus. Die Intensivierung der Ausbeutung aller Beschäftigten ist Raubtier-Kapitalismus.

Alles, was nach Sozialismus roch, wurde in 20 Jahren diskreditiert und eliminiert. Nur die Börsianer haben die goldene Türklinke zum Paradies, obwohl es mehr Arbeitslose als Arbeitsplätze gibt. Ein Unternehmerstaat hat Unternehmerpolitik zu machen. Basta! – sagte Schröder bei Beginn von »Hartz-IV«.

Übrigens, wenn es Sozialismus gäbe, dann hätten die Hausgemeinschaften in Ost-Berlin am dritten Wintertag zum »Subbotnik« gerufen, um die Bürgersteige, Bürger und Bein-chirurgen vom Eis zu befreien! **Arthur Paul**

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.2.2010

Ausgabetag für Nr. 4/10 – 1.4.2010

mittendrin · 3/2010

Linke Politik für die Metropole

Bildungsreihe in der Jugend-BO

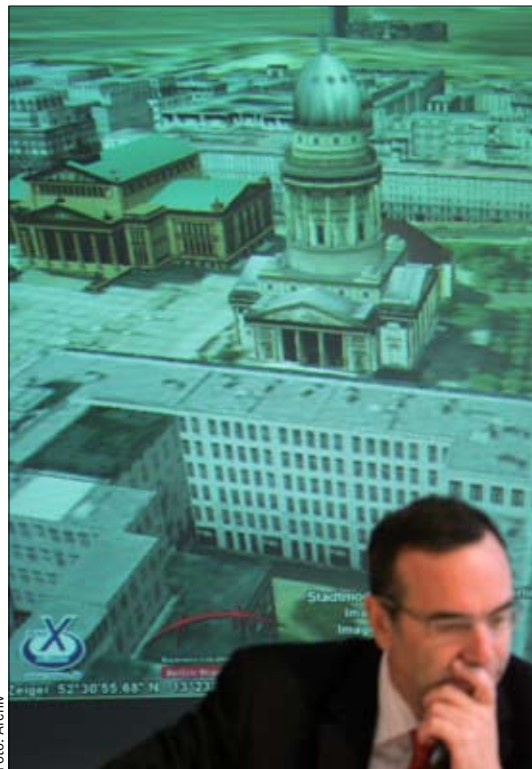


Foto: Archiv

Wie soll sich Berlin entwickeln – ein wichtiges Thema für die LINKEN in der Stadt. Hier im Bild Senator Harald Wolf.

Lernen, lernen nochmals lernen! So lautet eine Anregung Lenins, die Köpfe zum Qualmen zu bringen. Ganz so verbissen sieht es die Jugend-Basisorganisation in Mitte »Peaceful Streetfighters« nicht. Dennoch pünktlich zum neuen Jahr können sich junge Genossen in lockerer Runde treffen und gemeinsam nach Wissen streben.

Da das politische Jahr 2010 vorrausichtlich wahlkampftechnisch kaum etwas anbieten wird, kam die BO auf die Idee eine Bildungsreihe zu initiieren. Damit soll zum einen innerparteiliche Arbeit für junge Menschen attraktiv gestaltet werden, als auch zur persönlichen Bereicherung dienen. Die Bildungsreihe wendet sich dabei ausdrücklich an junge Frauen und Männer im Alter von 15 – 35 Jahren, die an linken Themen interessiert sind und ihre politischen Ansichten vertiefen möchten. Zudem bietet es jungen Sympathisanten die Möglichkeit, unsere Jugend-BO näher kennen zu lernen, da sie offen für alle ist, die sich für linke Politik interessieren. Die Form der Veranstaltungen ist dabei nicht festgelegt. Sie findet hauptsächlich im Rahmen eines Oxford-Seminars statt. Um den Aha – Effekt zu befördern, leiten ein oder zwei Fachfrauen und/oder -männer mit Kurzreferaten ein und stellen das Gesagte in die offene Diskussion. Ebenfalls sind Kino-, Theater- oder Veranstaltungsbesuche nicht ausgeschlossen, wenn es zur Materie passen sollte.

Unter dem Schlagwort »Metropolpolitik« sollen im Jahr 2010 sechs Treffen stattfinden, die ein Themenspektrum von Gentrifizierung und Stadtentwicklung über Möglichkeiten direkter Demokratie bis hin zu Integration von subalternen Gruppen einschließen. Bezogen sind die Themen alle auf Berlin. So haben die Wissbegierigen die Möglichkeit, ihre persönlichen Kenntnisse zu erweitern und – auch in Richtung Wahlkampf 2011 – fit in der Stadtpolitik zu werden.

Den Anfang bereiteten am 21. Januar im Karl-Liebknecht-Haus Robert Bluhm mit »Berlin – Stadt und Einheitsgemeinde« und der Landesvorsitzende Klaus Lederer zur Berliner Stadtentwicklung seit 89/90, der finanziellen Situation und Perspektiven für linke Stadtpolitik. Alle Anwesenden hörten interessiert zu, um anschließend in Fragen oder Diskussionsbeiträgen die Einführung zu vertiefen. Die nächste Veranstaltung findet im März statt und soll die Problematik der »Gentrifizierung« behandeln.

Wer jetzt Interesse hat, daran teilzunehmen, der kann sich unter Berlin.1211@email.de melden und/oder einfach zum Jugend BO-Treffen kommen – jeden ersten Donnerstag im Monat im Karl-Liebknecht-Haus. Wir freuen uns auf euch.
Robert Bluhm

Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 95.** Karl Mundstock
- zum 87.** Edith Barow-Bernstorff
- zum 85.** Heinz Grote, Gertraud Rädler
- zum 83.** Josef Jaros, Vera Singer
- zum 82.** Hans-Heinrich Angermüller, Victor Grossman, Gerhard Gunkel, Helmut Hauptmann, Sonja Jahnel
- zum 81.** Günter Böhle, Hellmut Hermann, Edith Immig, Harald Kehr, Dieter Langhoff, Ingeborg Langner, Marianne Muderack, Ilse Pargmann, Edeltraud Rossade, Isolde Stolz
- zum 80.** Eleonore Baumann, Anneliese Kolin, Maria Naumann
- zum 75.** Renate Holland-Moritz, Ingrid Renner
- zum 70.** Dieter Franz, Birgit Gysi